



Krise, Krise, Krise, Krise ...

Stell Dir vor es gibt eine Krise – und niemanden kümmert's.

Was heißt **EINE** Krise! Viele! Globale Wirtschaftskrise, Bankenkrise, Rohstoffkrise, Eurokrise und wie sie alle heißen.

Ehrlich: Geht Ihnen das auch schon auf die Nerven? Wenn Sie nicht zu den Unglücklichen gehören, die dadurch vor kurzem den Job verloren haben, merken Sie etwas davon? Und selbst wenn, was können wir schon dagegen tun? Und was geht das eigentlich die Gemeinde Gablitz und die GRÜNE Liste Gablitz an?

Auch wenn wir zugeben müssen, nichts an den Ursachen der Krisen ändern zu können, wollen wir uns doch mit der kommunalen Wirkung dieser Phänomene beschäftigen. Das Gemeindebudget speist sich zum Großteil aus den Ertragsanteilen,

also dem Steueraufkommen des Staates. Davon hängen wiederum die kommunalen Leistungen, die Anzahl der KindergärtnerInnen und HortbetreuerInnen, die Ausstattung der Schule oder natürlich auch das verfügbare Investitionsbudget der Gemeinde ab. Radwegebau, die Revitalisierung des Ortszentrums oder Naturschutzmaßnahmen sind über diesen Mechanismus direkt mit dem Wirken der Bundesregierung verknüpft.

Aber auch die Gemeinde kann zur Verstärkung und Milderung der sozialen Konsequenzen beitragen. Ganz direkt über Sozialausgaben oder die Gebühren. Alle diese Themen wollen wir ein wenig in dieser Zeitung beleuchten, Fehlentwicklungen aber auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.

Inhalt

Eurokrise

Armut in Gablitz

Was kann eine Gemeinde tun

Unverzichtbare Hilfe durch die Caritas



Sie haben jetzt die 3. Zeitung in Händen, in der wir thematische Schwerpunkte setzen und vertiefend bearbeiten. Wir verzichten damit bewusst auf manche aktuellen Themen und nette Pointen zum politischen Tagesgeschehen.

Die Schwerpunktsetzung ermöglicht es, uns intensiver mit wichtigen Themen zu beschäftigen und auch andere BürgerInnen einzuladen, in der Zeitung Artikel zu veröffentlichen. Die Reaktion auf die bisherigen Zeitungen gibt uns Recht und ermutigt uns auch AutorInnen abseits der „üblichen Verdächtigen“ zu suchen. Es geht dabei jedoch nicht um Vereinnahmung von Leistungen z. B. der Caritas durch die GRÜNE Liste Gablitz, sondern wir sehen die Arbeit und Initiativen der kirchlichen und anderer ehrenamtlichen Organisation und Initiativen als wichtigen Puzzlestein in der Sozialpolitik (nicht der Sozialpartei politik) in Zeiten knapper werdenden Gemeindefinanzien in Gablitz.

Wenn Ihnen diese Vorgangsweise gefällt, lassen Sie es mich wissen oder schicken Sie mir Leserbriefe oder Artikel.

Gottfried Lamers

GGR DI Gottfried Lamers
Tel. 02231/61 775
liste.gablitz@aon.at

Armut in Gablitz

Über den Sommer wurden wieder einige Fälle von Verwahrlosung und Misshandlungen in Österreich in den Medien thematisiert.

Auffallend war, dass diese Vorgänge nicht in der „anonymen Stadt“ geschehen sind sondern in kleinen Orten mit „funktionierendem“ Sozialleben. Die verbindende Klammer über die berichteten Fälle ist jedoch die Armut. Die Armut verhinderte, dass NachbarInnen oder Bekannte in die Häuser kamen und dann auch die Zustände rechtzeitig entdeckten.

- Armut macht scheu.
- Armut erzeugt Scham.
- Armut schottet ab.

So ist es kein Wunder, dass auch in unserer Gemeinde – unbemerkt von der Mehrheit der BewohnerInnen – Armut hinter den Türen von schmucken Häusern besteht. PensionistInnen die nach dem Auszug der Kinder in viel zu großen und eigentlich unleistbaren Häusern wohnen. AlleinerzieherInnen, die gerade so viel verdienen, wie die Kinderbetreuung für die Arbeitszeit kostet. Und Kranke, die von der Mindestsicherung und Gelegenheitsjobs leben.

Ich bin als RK-Sanitäter auch in Gablitz in Häuser gekommen, wo der Schimmel schon die ganzen Wände überzogen hatte, wo mittels des Backrohrs geheizt wurde und wo faustgroße Löcher in den Fenstersimsen waren. Gemerkt hat das von außen niemand. Und es bedarf schon großer Verzweiflung und/oder Mut, sich diese Situation einzugestehen und um Hilfe zu bitten.

Die Gemeinde selbst ist da teilweise überfordert. Auch wenn ein wenig Geld für Soforthilfe da ist und relativ diskret vergeben wird, ist der Gang zum Gemeindeamt und das Schildern der verzweifelten Situation mit viel Überwindung verbunden. Schneller und flexibler als die Gemeinde agiert in Gablitz aber die Caritas. Auch ist die Hemmschwelle sich an diese Stelle zu wenden niedriger.

Die GRÜNE Liste Gablitz wird sich daher dafür einsetzen die sozialen Sofortmaßnahmen bei der Caritas zu bündeln und darauf hinarbeiten, dass der Caritas auch über eine Förderung ein entsprechendes Grundbudget von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wird. Dies kann jedoch sicher niemals ausreichen und kann auch nur gemeinsam mit Ihren Spenden die größte Not lindern helfen.

Gottfried Lamers



© Bildbox.at

Konzeptloses Dahinwursteln als politische Maxime!

Die Angst vor Professionalität ist ein durchgängiges Element in der Arbeitsweise etlicher MandatarInnen der SPÖVP.

In den über 20 Jahren, die wir jetzt im Gemeinderat tätig sind haben wir immer wieder festgestellt, dass in den meisten Bereichen, die kommunale Aufgaben betreffen und nicht durch zwingend gesetzliche Vorgaben zu ändern sind, in eingefahrenen Bahnen agiert wird. Das kann manchmal der richtige Weg sein, aber oft verlangen geänderte Bedingungen und neue Umstände Anpassungen im Denken und Planen. Und für GemeinderätInnen, die natürlich keine Fachleute bei allen Sachthemen, die in einer Kommunalverwaltung zu behandeln sind, sein können, die Bereitschaft sich auch professionelle Unterstützung von ExpertInnen zu holen.

Das Land Niederösterreich kennt seine Pappenheimer und deren Probleme und bietet da wirklich ausgezeichnete Programme und Planungsangebote. Annehmen müsste man/frau diese halt.

Aber in Gablitz herrscht bei etlichen MandatarInnen der SPÖVP die bedauerliche Überzeugung „Wir können das alleine, das haben wir ja immer so gemacht.“ Und wenn sich dann doch einmal ExpertInnen nach Gablitz verirren, horchen wir sie halt in Gottes Namen an. Aber wir machen es dann sowieso so, wie wir glauben!

Einige von uns, die schon länger im Gemeinderat tätig sind, erinnern sich an die, im Verlauf einer Debatte über Ortsbildgestaltung und Architektur und die Bemühungen der NÖ-

Landesregierung diese Bereiche in Niederösterreich zukünftig zu verbessern, legendären Worte eines ehemaligen Finanzgemeinderates: „Wir wissen was schön ist, weil wir haben alle ein Haus gebaut.“ Und mit dieser Meinung war und ist er sicher nicht alleine. Und genauso schauen ja leider sehr viele Häuser mangels qualifizierter Beratung und Anleitung in Gablitz auch aus. Abgesehen von bisher in Gablitz noch nicht einmal angedachten zukunftsweisenden Aspekten der Ökologie in der Raumplanung und Siedlungsentwicklung.

Gablitz hat inzwischen über 5.000 EinwohnerInnen und wie viele Gemeinden erhebliche finanzielle Probleme, trotzdem wird noch immer sehr kurzfristig, kleingeistig und hausbacken agiert.

Als Beispiele dafür können aktuell die Bereiche „Straßen“ und „Öffentlicher Raum“ dienen. Für das Jahr 2011 gibt es hier im ordentlichen und außerordentlichen Haushalt dafür insgesamt 140.000 EUR. Diese doch nicht ganz unbedeutende Summe wird dann auf Zuruf nach der Fleckerlteppichmethode verbraten: hier ein paar Laufmeter Gehsteig, da ein bisschen Asphalt, dort wieder ein Loch verschließen, eventuell noch einige Randsteine ersetzen, einigen AnrainerInnen einen Gefallen tun... usw. Aber die wirklichen Probleme (siehe auch die vorletzte Zeitung der GRÜNEN Liste Gablitz zum Thema Verkehr) in unseren Siedlungsstraßen, nämlich die Sicherheit für die Bewoh-



nerInnen und die nicht existente Gestaltung des öffentlichen Raumes als Grundlage für eine verbesserte Lebensqualität, werden damit nicht einmal am Rande gestreift.

Bei einer zu betreuenden Straßlänge von 42 km wäre es nach Ansicht der GRÜNEN Liste Gablitz unbedingt ein professionelles Gesamtkonzept für die Verkehrsorganisation der Siedlungsstraßen mit der entsprechenden Oberflächengestaltung erarbeiten zu lassen. Die Landesregierung ist, wie bereits oben erwähnt, gerne bereit da Hilfestellungen zu leisten.

Es gibt international aber auch in Niederösterreich schon viele gute Beispiele wie der öffentliche Raum für alle NutzerInnen qualitativ hochwertig gestaltet werden kann. Ein, von einem Planungsbüro erstelltes professionelles, Konzept für eine nachhaltige und nutzerInnenorientierte Gestaltung würde nur einen Bruchteil der, für das heurige Straßenbudget vorgesehenen Summe kosten. Aber wir hätten dann endlich eine Grundlage nach der wir unsere Siedlungsgebiete und -straßen längerfristig Stück für Stück zeitgemäß umgestalten könnten. Damit könnten wir dann auch Geld und Ressourcen sparen. Und auch viel für die Sicherheit und das Ortsbild von Gablitz erreichen.

Literatur: NÖ Gestalten - Broschüren, www.noegestalten.at

Fritzi Weiss

Herbstfest



Am 3. September veranstaltete die GRÜNE Liste Gablitz wieder ihr schon traditionelles Herbstfest vor der Volksschule. Das Wetter spielte mit und für viele Kindern und auch Erwachsene war es ein schöner Nachmittag. Mit Hüpfburg, Ponyreiten, Trommel- und Origamiworkshops der „Künstler – Verein im Wienerwald“ und vor allem dem, immer wieder beliebten Basteln von Nützlingshäusern waren nicht nur die Kinder vollauf beschäftigt.

Für umweltbewusst mobile BesucherInnen gab es ein Gratisfahrradservice von Bike-Franz, sowie Kulinarisches und wunderschöne jiddische und jazzige Musik der Yppies.

Großen Anklang haben auch die Ausstellungen: „Das schönste Bild von heimischen Wildtieren“ und „Heimische Pilze“ und Informationen zu Naturschutz und Garten gefunden.

Den Abschluss bildete dann an dem lauen Sommerabend noch das Kino unter Sternen mit dem tollen Naturfilm „Mikrokosmos – Das Volk der Gräser“.

Wer es verpasst hat: nächstes Jahr wieder am Samstag vor Schulbeginn!

Budget

Das Budget ist die in Zahlen gegossene Politik.

Diesen Grundsatz versucht die GRÜNE Liste Gablitz den beiden Parteien im Gablitzer Gemeinderat jedes wieder Jahr klar zu machen. Da wir die derzeitige Politik nicht in allen Bereichen mittragen können (obwohl ca. 80 % der Anträge einstimmig beschlossen werden), können wir auch dem Budget nicht zustimmen. Die SPÖ erinnert sich hingegen konstant immer nur im Jahr vor der Wahl an diesen Grundsatz und stimmt sonst immer ohne Bedenken zu.

Ein wenig ist dieser Grundsatz jedoch auch zu relativieren, weil über große Anteile des Budgets die Gemeinde zwar abstimmen darf, aber längst keine Verfügungsgewalt über

sind ebenfalls vorgegeben, Abgaben und Gebühren unterliegen der Kontrolle des Landes und da haben wir nur einen beschränkten Spielraum und vorgegebene Bandbreiten.

Durch den, von der Grünen Liste Gablitz vehement bekämpften, Verkauf der Wasserleitung und damit dem Verlust der Einnahmen aus dem Wasserverkauf (Wassergebühren) haben wir uns den finanziellen Spielraum natürlich noch weiter eingengt. Selbst wenn die Wassergebühren früher in einem eigenen Finanzkreislauf geregelt waren, konnte sich die Gemeinde über Rücklagen Polster schaffen, die kurzfristig auch für andere Dinge verwenden



beträchtliche Teile ihrer Finanzen mehr hat. Die Einnahmen sind sowieso weitgehend vorgegeben. Die uns zustehenden Ertragsanteile werden uns am Anfang des Rechnungsjahres mitgeteilt und wenn wir Glück haben, schaut am Ende des Jahres durch höhere Steuereinnahmen etwas mehr Geld heraus. Die Steuersätze der Kommunalsteuer

det werden konnten. Dass die Gemeinde dann auf die Rückführung dieser Mittel in die Rücklage „vergessen“ hat und erst von der Landesaufsicht daran erinnert werden musste, ist eine andere Geschichte ...

Aber auch bei den Ausgaben ist eine Menge Geld schon weg, bevor

echte Entscheidungen getroffen werden. Völlig intransparent agiert zum Beispiel das Land, das bereits von den Ertragsanteilen eine gehörige Portion abzieht und als Gemeindebeitrag zu Pflege- und Sozialkosten einbehält. Für diese ca. 20 % der Ausgaben sieht dann die Gemeinde weder Leistungsbelege noch Rechnungen. Der bitterböse Brief aus Gablitz an die Landesregierung vor einigen Jahren hat dort höchstwahrscheinlich nur Gelächter ausgelöst, Antwort bekam der Gemeinderat jedoch nie. Weitere 20 % des Gemeindebudgets gehen als Schuldendienst für Kredite an die Banken und weitere 30 % sind Personalkosten. Womit natürlich nicht nur die MitarbeiterInnen im Gemeindeamt, sondern auch jene am Bauhof oder in Hort und Kindergarten umfasst sind. Mit 40 Bediensteten ist die Gemeinde damit selbst die größte Arbeitgeberin im Ort.

Es geht aber um die letzten 30 % des Budgets. Auch wenn demnächst massive Belastungen für die Sanierung des Abwasserkanals auf uns zukommen, muss gewährleistet werden, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde erhalten bleibt und Investitionen in Ortsbild oder

Naturschutz sowie Sozialleistungen nicht auf der Strecke bleiben. Der Gemeinde muss zumindest noch die Möglichkeit verbleiben selbst als Investor aufzutreten. Ansonsten ergeht es uns so wie beim „Mehrgenerationenhaus“. Dieses ehemalige Projekt des Dorferneuerungsvereins wurde der Gemeinde zur Umsetzung übergeben. Diese hat jedoch die gesamte Planung und Verantwortung an die ÖVP-nahe Wohnbaugesellschaft Alpenland abgegeben. Und dort liegt das Projekt seit locker 3 Jahren ohne erkennbare Fortschritte. Eine Folge wenn man auf fremde PartnerInnen bei der Realisierung wichtiger kommunaler Projekte angewiesen ist.

Um jedoch positiv zu schließen und auch einmal zu loben: Im Gegensatz zu den anderen Gemeinden des Bezirks, setzt sich Gablitz tatsächlich ernsthaft mit dem Thema Gender Budgeting auseinander. Vermutlich kann damit schon ein Jahr vor der verpflichtenden Einführung mit der Analyse und Steuerung in Richtung finanzielle Gleichbehandlung begonnen werden.

Gottfried Lamers

Fahrt nach Güssing



Am 10. September lud die GRÜNE Liste Gablitz zu einer spannenden und interessanten Exkursion zum Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie nach Güssing. Die Liste Gablitz übernahm die Kosten für den Autobus für die TeilnehmerInnen aus Gablitz und einige Gästen aus Wien



Nach einem informativen Einführungsvortrag und einer intensiven Diskussion besuchten wir das Biomassekraftwerk sowie eine Biogasanlage in Strem.

Erstaunlich und inspirierend war, neben den technischen Details, vor allem wie sich in einer der ärmsten Gegenden von Österreich eine Vision ausbreitet und von einem Kernprojekt ausgehend positive gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen im ganzen Bezirk auslöst hat. Das „Güssinger Modell“ hat heute weltweit einen guten Namen.



Die sogenannte EURO Krise

Je genauer wir hinsehen desto klarer wird, dass wir seit vielen Jahren Teil eines Pyramidenspiels sind.

1. Unsere Banken haben in den letzten Jahrzehnten aufgehört, das Geld der SparerInnen an die Wirtschaft zu verleihen.
 - Mit „unserem“ Geld beteiligen sie sich an einem äußerst ungesunden, spekulativen „Finanzmarkt“ (das Wort ist für diese Art von Geschäften schwer irreführend)
 - Nachdem „unser“ Geld dafür schon lange nicht mehr reicht und, um diesen Termingeschäften jederzeit gerecht zu werden, geben die Banken einander ständig Kredite mit denen sie die früheren Kredite bezahlen.
2. Aufgrund des damaligen Vertrauens in die D-Mark war es nach Einführung des Euros möglich, für wirtschaftlich schwächere Staaten Schulden im Ausmaß von jährlich bis zu 14 % ihres Bruttoinlandsproduktes (BIP) zu machen.
3. Nach der Subprime Krise 2008 mussten die Banken viel mehr Geld als Verluste abschreiben, als sie tatsächlich an Einlagen von uns SparerInnen hatten.
4. Die in den USA entstandene Finanzkrise wurde zur Bankenkrise und durch die Rettung der Banken zur Finanzkrise in Europa
5. 12 der 16 EURO Länder stehen vor dem Staatsbankrott.
6. Die USA geben Staatsanleihen aus, von denen sie 70 % selbst wieder aufkaufen
7. Die Umsätze der Derivatmärkte betragen 600 Billionen Dollar, das ist das 10-fache dessen, was jährlich in der Welt an Handelsumsatz

getätigt wird. Und das 50-fache eines jährlichen Welthandels (12 Billionen Dollar).

8. FinanzakteurInnen machen, obwohl die Krise nach wie vor andauert, exorbitante Gewinne ohne Risiko, jetzt wo sie wissen, dass sie auf Kosten der BürgerInnen gerettet werden.

Diese Vorgangsweise hat natürlich auch ganz konkrete Auswirkungen

- Diese riesigen Umsätze wurden fälschlich als Leistungsstärke des Finanzsystems interpretiert.
- Die USA bezahlen ihre Staatsschulden mit frisch gedrucktem Geld.
- China versucht seine Dollar loszuwerden indem es ein weltweites Buchgeld einfordert, um dann die Dollar umzutauschen, damit würde er ins Bodenlose fallen.
- Wenn die Banken kein Geld mehr haben und Pleite gehen, bekommt die reale Wirtschaft kein Geld mehr, um Produktionsmittel anzuschaffen.

Deshalb wurden auch die Bankschulden durch Staatsschulden ersetzt. Allerdings sieht man jetzt, dass der Erfolg nur sehr kurzfristig war. So gut wie alle Vorschläge, die bei Ausbruch der Krise formuliert wurden, um diese zu bewältigen und eine Wiederholung zu vermeiden, sind vom Tisch.

Was wären vernünftige Schlussfolgerungen und Lehren aus dem Schlamassel

- Wir brauchen ein besseres Weltwährungssystem (siehe China)



- Wir brauchen ein international neutrales Geld (Buchgeld, keine Staatswährung). Dass das funktioniert hat die EU mit dem ECU bewiesen. Diese fiktive Währung hat lange vor dem EURO als gemeinsame Basis der EU Staaten für Förderungen und Ausgleich von Wechselkursrisiken gedient.
- Wir brauchen Banken, die das Geld der SparerInnen wieder der Wirtschaft zuführen, anstatt in ihrer eigenen Branche zu investieren und mit den bekannten verheerenden Folgen wie steigende Rohstoffpreise, weltweiter Hunger wegen höherer Preise für Nahrungsmittel, Landgrabbing, usw. zu spekulieren.

Dies sind Ziele, für die sich ATTAC einsetzt. Einerseits auf nationaler und globaler Ebene durch Aufklärung und durch die Unterstützung bei der Gründung einer demokratischen Bank. Andererseits durch Diskussionen und Informationsaustausch auf lokaler Ebene. In unserer Region hat sich dafür eine Regionalgruppe gefunden, die sich jeden ersten Montag im Monat in Purkersdorf trifft. Mehr dazu auf <http://www.purkersdorf-online.at/attac/index.php>.

Doris Hammermüller

Griechenland ist schuld!

Die Europäische Union wusste von Anfang an, dass in Griechenland die Maastricht-Kriterien nicht eingehalten wurden. Aber da das griechische Budget nur 2-3 % des europäischen Haushalts ausmacht, wurde das als unwichtiger eingeschätzt, als Griechenland nicht in die Eurozone zu holen.

Wir schlittern – überraschenderweise immer noch ganz munter – immer tiefer in die „Eurokrise“. Manche von uns stehen wie das Kaninchen vor der Schlange – es ist für Nicht-ExpertInnen fast unmöglich zu verstehen, wie die vielen Faktoren ineinander greifen. Was genau Ursache und was Wirkung ist.

In den ORF Nachrichten finden sich derzeit (z. B. 11. 9. 2011) nur mehr wenig Informationen – so, als ob das Schlimmste schon vorüber wäre. Da unsere PolitikerInnen scheinbar unaufgeregert (diesem Wort misstraue ich seit Wolfgang Schüssel) bleiben, hoffen viele von uns, dass es gar nicht so schlimm wird. Meiner Meinung nach liegt die Lösung aber nicht darin, zuzusehen wie der fahrende Zug der Wand immer näher kommt. Mit dem Wissen, dass die Bremsen längst an die Meistbietenden verkauft wurden.

Einige Lösungsstrategien:

- Prüfen, ob wir aus den Kleidern der Fahrgäste Bremsfallschirme machen können.
- Die Lok abkoppeln und hoffen dass die Schubkraft nachlässt.
- Wenn wir nur alle ganz fest daran glauben, dann wird der Zug schon rechtzeitig stehen bleiben.
- Unsere PolitikerInnen werden schon noch rechtzeitig handeln.

Wieso reagieren unsere PolitikerInnen eigentlich nicht? Schon 2008 wurden viele strukturelle Lösungen vorgeschlagen, die bis heute nicht umgesetzt wurden. Hier nur einige:

- Einführung einer Transaktionssteuer

- Trockenlegen der Steueroasen
- Entflechtung (Zerschlagung) der großen Banken in
 - Spielbanken – Casinos und
 - Marktplätze für den Austausch von Geld, um die reale Wirtschaft mit dem ja immer noch in großem Maße vorhandenen privaten Geld zu versorgen.

Griechenland ist nicht schuld!

Griechenland ist das erste europäische Land, das die Tragweite der Eurokrise voll zu spüren bekommt. Wir haben zwar alle schon gehört, dass Spanien, Portugal und Italien folgen könnten – aber irgendwas hindert uns daran, das ernst zu nehmen. Die Auswirkungen wären zu fatal.

Wir suchen nach einer gemeinsamen europäischen Lösung – das ist grundsätzlich richtig – aber warum erst jetzt? Und warum mit so untauglichen Mitteln?

Ehrlich gesagt – ich weiß es nicht, denn mir fallen nur 3 mögliche Antworten ein und keine finde ich auch nur ansatzweise akzeptabel:

- Auf der Ebenen der EntscheidungsträgerInnen weiß niemand, wie die Krise wirklich zu lösen ist (seltsam, denn die obigen Vorschläge wurden nicht einmal versucht)
- Es gibt keine Lösung. (Nicht gut!!!)
- Aus einem – oder mehreren – Gründen werden die Umstrukturierungsvorschläge, die ja schon 2008 für alle klar waren – auch weiterhin nicht umgesetzt. (Warum? Weil es einigen Wenigen nicht passt?)



Das Ziel der AkteurInnen in Politik und Finanz kann nicht die Rettung der Währung sein, um den Menschen in Europa dadurch weiterhin ein akzeptables Ausmaß an politischer Stabilität und Sicherheit zu gewährleisten, sonst wären obige Vorschläge bereits umgesetzt worden. In meiner ersten Schulung in politischer Bildung mit zarten 18 Jahren hab ich gelernt in unklaren Situationen folgendes zu fragen: Wem nützt was gerade jetzt passiert?

Und noch mal „leider“: Ich sehe nur die, die weiterhin auf Zusammenbrüche spekulieren wollen.

Schreiben sie uns wenn sie weitere Optionen sehen.

Und kommen sie zum, vom katholischen Bildungswerk und attac Wienerwald veranstalteten, Vortrag

„Die Eurokrise“
Referent: Dr. Peter Eichler
7. Oktober 2011
Pfarrheim Gablitz, 19 h

Doris Hammermüller
Attac Wienerwald

Das neue Prekariat - Einpersonenunternehmen in Österreich

Bereits seit mehreren Jahrzehnten verändert sich der österreichische Arbeitsmarkt, ohne dass die Regierung dieser Entwicklung Rechnung tragen würde. Noch immer ist unser Steuer- und Sozialversicherungssystem so aufgebaut, als wären alle Selbständigen entweder Großindustrielle oder besäßen florierende Handwerksbetriebe.

Dies ist jedoch schon lange nicht mehr der Fall. Seit den 1980er Jahren steigt in Österreich der Anteil von Einpersonenunternehmen (EPU). Sogenannte „atypische Beschäftigungsverhältnisse“ sind auf dem besten Wege, typisch zu werden. Derzeit gibt es in Österreich knapp 240.000 EPU, darüber hinaus ca. 40.000 sogenannte „Neue Selbständige“ sowie etwa 400.000 „Mischfälle“, die sowohl aus unselbständiger wie auch aus selbständiger Tätigkeit Einkommen beziehen. Insgesamt sind es also an die 700.000 Menschen.

Einpersonenunternehmen sind eine heterogene Gruppe, die eine Vielzahl von Berufsgruppen umfasst - KünstlerInnen, MaklerInnen, TrainerInnen, Pflegepersonal und viele andere mehr. Sie arbeiten unter gänzlich anderen Bedingungen als etwa ein traditioneller Handwerksbetrieb, da die meisten EPU keine Waren herstellen, sondern Dienstleistungen anbieten. Der Wettbewerb ist hart, bei fluktuierender Auftragslage ist es vielen nicht möglich, finanzielle Rücklagen zu bilden. Laut Einkommensbericht des Rechnungshofes haben ausschließlich selbständig

Erwerbstätige im Jahr 2007 nach Abzug der Einkommensteuer im Mittel 10.893 Euro verdient. Frauen haben im Vergleich zu den - auch nicht berauschenden - Jahreseinkünften der Männer (12.714 Euro netto) mit 7.889 Euro um mehr als ein Drittel weniger verdient. Eine mehrwöchige Krankheit kann für EPU bereits existenzbedrohend sein. Von fünf Wochen Urlaub im Jahr können EinzelunternehmerInnen



ohnehin nur träumen. Die 2009 eingeführte freiwillige Arbeitslosenversicherung hat sich als Flop erwiesen - bis Mitte 2011 haben nur 867 Personen diese Möglichkeit wahrgenommen.

Besonders belastend für EinzelunternehmerInnen sind die Sozialversicherungsbeiträge; durch die bestehenden Mindest- und Höchstbeitragsgrundlagen leisten Geringverdienende prozentuell mehr an SVA-Abgaben als Großverdiener. SVA-Beiträge sind immer zu bezahlen, bei GeringverdienerInnen in Höhe nahezu eines Drittels des Einkommens, selbst wenn dieses Einkommen weit unter der Armutgefährdungsgrenze liegt. Drei von fünf SVA-Versicherten verdienen monatlich weniger als 600 Euro netto.

Mittlerweile begehren viele Selbständige gegen diese Zustände auf. Besonders lautstark zu Wort gemeldet hat sich in den letzten Wochen die facebook-Gruppe „Amici delle SVA“, die im Mai gegründet wurde und mittlerweile 1.800 Mitglieder umfasst. Am 13. September fand ein Flashmob vor dem Sozialministerium statt, wo „SVA-Opfer“ gratis von Ärzten behandelt und mit Klostersuppe verköstigt wurden. Mitglieder der Gruppe sind aber auch hinter den Kulissen aktiv. Gespräche mit politisch Verantwortlichen haben bereits stattgefunden, und auch ein Anwalt hat sich bereit



„SVA-Opfer“ auf dem Flashmob der „Amici delle SVA“.

erklärt, die Anliegen der Gruppe - und somit der EPU's - zu vertreten. Zu den Forderungen der „Amici“ gehört die Abschaffung der Mindest- wie auch der Höchstbeitragsgrundlagen der SVA, Berücksichtigung des Durchschnittseinkommens mehrerer Jahre bei der Beitragsberechnung, Abschaffung des 20%igen Selbstbehaltes bei Arztbesuchen sowie Einführung einer Arbeitslosenvorsorge für Selbständige.

Im Juli 2011 forderten die Wiener Grünen in einer Presseaussendung eine bessere soziale Absicherung für EPU's, die bisher bei Unterstützungs- und Förderungsmaßnahmen meist übergangen worden sind. Auch der Kulturrat Österreich hat sich in einer Aussendung von 15. September zu Wort gemeldet und eine Reform der Sozialversicherung gefordert, darüber hinaus aber auch eine Verbesserung der Einkommenssituation der EPU's. Denn das Fehlen von Honorarrichtlinien in vielen Bereichen fördert Selbstausbeutung und Lohndumping. Um diese Entwicklungen zu bekämpfen, ist eine bessere Organisation der Betroffenen notwendig.

Dank dieser Initiativen und der medialen Berichterstattung scheint man sich nun auch auf Regierungsebene der Probleme der EPU's bewusst zu werden. Es steht zu hoffen, dass man sich dieser Probleme auch annehmen wird und es in naher Zukunft zu einer Modernisierung des Sozialversicherungssystems kommt, die der realen Erwerbssituation der Selbständigen in Österreich Rechnung trägt.

Quellen: www.kulturrat.at, www.fofos.at, www.datum.at/0911/stories/tief-im-schlund/, www.ots.at (<http://tiny.cc/5h5ag>).

Christoph Kaindel

Armut in Österreich

Armut bedeutet immer einen Mangel an Möglichkeiten.



© bilderbox.at

Wer von Armut betroffen ist, hat ein geringes Einkommen, schlechtere Bildungschancen, ist häufiger krank und kann am gesellschaftlichen Leben nur eingeschränkt teilnehmen. Von Armut betroffen ist nicht nur, wer auf der Straße oder in Pappschachteln schläft.

In reichen Ländern wie Österreich ist Armut oft erst auf den zweiten Blick sichtbar. Armut kann jede und jeden treffen.

Wer erwerbslos, alleinerziehend oder zugewandert ist, oder einen schlecht bezahlten Job hat, ist besonders armutsgefährdet. Am stärksten betroffen sind Frauen und vor allem Alleinerzieherinnen. Weltweit haben die fünf Prozent Ärmsten in der globalen Bevölkerung in den letzten Jahren 25 % ihres Einkommens verloren, während die reichsten fünf Prozent sogar 12 % dazu gewonnen haben. 2,7 Milliarden in Armut lebende Menschen müssen sich genau so viel Einkommen teilen wie die 50.000

Reichsten.

2009 waren in Österreich 12 % der Bevölkerung, das sind etwa 1.000.000 Menschen armutsgefährdet. Armut orientiert sich statistisch an der Ausgleichszulage von EUR 855,- pro Monat. 574.000 Personen haben ein Einkommen unter diesem Schwellenwert.

Seit 2010 gibt es die bedarfsorientierte Schwellessicherung, das heißt ein Einzelpersonenhaushalt erhält EUR 744,-/Monat. Rund 340.000 ÖsterreicherInnen, das sind 4,1 % der Bevölkerung haben noch weniger zur Verfügung.

In Gablitz, einer der teuersten Wohngegenden in Niederösterreich, gibt es etwa 30 Ausgleichszulagen - BezieherInnen.

Informationen: www.armutskonferenz.at, www.statistik.at

Fritzi Weiss

Unser täglich Brot, die Heuschrecken und die Krise - Profite durch Hunger und Armut

Hungerkrisen, die wie derzeit hunderttausende Menschen in Ostafrika betreffen, ständig steigende Preise für Lebensmittel und dadurch bedingte „Brotaufstände“ und Armut. Themen die in letzter Zeit die Schlagzeilen dominieren.

Neben den, immer wieder durch die üblichen witterungs- oder kriegsbedingten Ursachen oder Tierfraß, zum Beispiel durch Wanderheuschrecken, auftretenden Knappheiten bei Lebensmitteln, kommen neuerdings zwei weitere Faktoren dazu:

Der Boom der Agrartreibstoffe für die Autos der reichen Länder und, dass Nahrungsmittel und Agrarland attraktive Investitionsobjekte wurden und damit ein weiterer Bereich der Daseinsvorsorge der internationalen Finanzspekulation, den Kapitalismusheuschrecken anheim gefallen ist.

Von Jänner 2005 bis Juni 2008 verschlechterte sich die weltweit bereits sehr angespannte Ernährungssituation durch massive Preissteigerungen - die Maispreise verdreifachten sich, die Weizenpreise stiegen um 127 % und die für Reis um 170 %. Nach einem Bericht der Weltbank aus dem Jahre 2008 ist die Biotreibstoffproduktion in den Vereinigten Staaten und in Europa für 70 - 75 % dieses starken Anstieges der Nahrungsmittelpreise verantwortlich. Dieser Trend hält unvermindert an.

Parallel dazu stieg die Zahl der Hungernden und chronisch Unterernährten. Die FAO (Food and Agriculture Organization of the United Nations) zählte 2009 1,02 Milliarden Hungernde weltweit, das heißt jeder 7.

Mensch auf dieser Welt, vor allem in den sogenannten „Entwicklungsländern“ hat nicht genug oder gar nichts zu essen! Aber auch bei uns gibt es verstärkt Armut und damit Mangelernährung. Eine Million Menschen in Österreich sind arm!! Auch hier in Gablitz gibt es diese Armut!



Das Problem ist aber nicht ein Mangel an Lebensmitteln. Trotz guter Ernten erreichen die Preise für Lebensmittel Rekordwerte. Durch die weltweite Ausweitung der Ackerflächen für den Anbau der Rohstoffe für die Ethanolproduktion, sowie für die Produktion von Futtergetreide haben sich die Anbaustrukturen verändert. In Entwicklungs- und Schwellenländern werden vermehrt, meist sowieso schon benachteiligte, Menschen von ihren angestammten Landwirtschaftsflächen vertrieben. Die Eigenversorgung mit lokalen Agrarprodukten wird dadurch massiv eingeschränkt und gefährdet die Ernährungssituation der örtlichen Bevölkerung. Staaten, die früher im

Standen waren ihre Bevölkerung zu ernähren, sind heute auf Nahrungsmittelimporte angewiesen, weil auf ihren Anbauflächen von ausländischen Konzernen, in großem Maßstab Futtersoja für das Mastvieh in Europa oder den USA oder minderwertiger Mais für Biosprit für den Export produziert wird.

In Zuge der Finanz- und Hungerkrise hat sich ein neues bedrohliches Phänomen entwickelt, das „Landgrabbing“. Als Antwort auf die Auswirkungen der Wirtschaftskrise 2008 versuchten viele Entwicklungsländer über Öffnung und durch Direktinvestitionen wieder auf die Beine zu kommen. Fruchtbare Ackerland, vor allem in

Afrika wurde von Finanzheuschrecken, zu Billigpreisen und unter ungünstigsten Bedingungen für die betroffene Bevölkerung aufgekauft oder für Jahrzehnte gepachtet. 2009 waren das weltweit bereits 50 Millionen Hektar Landwirtschaftsflächen, davon 70 % in Afrika. Die HauptinvestorInnen waren chinesische, indische, arabische, koreanische und amerikanische Firmen, Staatsfonds und Konsortien.

Das Land und die Ernten sind so in weiterer Folge für diverse Hedgefonds zur Spekulationsmasse auf den internationalen Finanzmärkten geworden. Aber auch Europa betreibt Landgrabbing. Die Europäische Union ist

inzwischen der weltgrößte Nahrungsmittelimporteur. Die EU nützt über ihre Agrarimporte 35 Millionen Hektar an Ackerflächen außerhalb ihres Territoriums. Das entspricht der Fläche Deutschlands!

Howard Buffet (der Sohn des weltbekannten Finanzinvestors und Oberheuschrecke Warren Buffet): „Diese Geschäfte machen die Reichen reicher und die Armen ärmer. Es wird klare Gewinner geben, die immer profitieren, während die Verlierer ihre Lebensgrundlage verlieren“.

Der Kapitalismus zeigt in diesem Bereich zum Schaden von Milliarden Menschen wieder völlig unreguliert seine Zähne.

Literatur: Anuradha Mittal, Oakland Institut; California
Harald von Witzke, Humboldt – Universität Berlin, Department für Agrarökonomie

Fritzi Weiss

■ Rezepttipp: Für den griechischen Abend

Fisolen mit Petersilie und Knoblauch

1 kg Fisolen putzen und bissfest kochen. In einer Pfanne 4 große Zehen gepressten Knoblauch in ausreichend Olivenöl anschwitzen, dann 4 gehäufte EL Semmelbrösel mitrösten. Fisolen und gehackte Petersilie dazugeben, salzen und pfeffern, eventuell mit einer Prise Muskatnuss würzen. Gut durchmischen, noch kurz braten und warm servieren.

Tipp: Statt Petersilie schmeckt auch Dille sehr gut. Oder Sie probieren es mit Ihren Lieblingskräutern.

Fritzi Weiss

Die Geschichte der Eurokrise

Die Wurzeln der Eurokrise liegen bereits in der Konstruktion und den Spielregeln der Währungsunion begründet. Die Wechselkurse wurden zwischen den Mitgliedstaaten teilweise künstlich bzw. politisch festgelegt. Die Geld- und Wechselkurspolitik auf nationaler Ebene wurde damit aufgegeben und die Abwertung bei schwacher Wirtschaft kann nicht mehr national stattfinden.



Als Sicherung wurden die sogenannten Maastrichtkriterien eingeführt (z. B. maximal 3% Neuverschuldung pro Jahr), die eingehalten werden mussten, um den EURO einzuführen. Allerdings wurde die Wirtschaftspolitik nicht koordiniert. Es wurde nicht dafür gesorgt, dass auch die Wirtschaftskraft, die Löhne oder die Sozialpolitik aneinander angeglichen werden. Trotz der gemeinsamen Währung ist der Wettbewerb zwischen den €-Staaten bei Steuern, Löhnen, Umweltauflagen und ArbeitnehmerInnenschutz immer noch vorhanden.

Da das Kapital nach wie vor sehr rasch von einem Land zum anderen wandern kann (mit der gemeinsamen Währung sogar schneller) und Steuervereinheitlichung in der EU nur einstimmig eingeführt werden kann, ist der wirtschaftspolitische Spielraum stark eingeschränkt.

Lohnstückkosten (Lohnanteil pro produzierter Ware) sind ein entscheidender Faktor für die Standortpolitik der Unternehmen. Länder wie Deutschland mit starker Wirtschaftsentwicklung haben einen hohen Exportüberschuss, verkaufen also in Summe mehr ins Ausland als sie importieren müssen. Andere Staaten bekommen deshalb ein Außenhandelsdefizit und können dieses auch nicht reduzieren. Die „Stärke“ von Deutschland ist daher eine direkte Folge der „Schwäche“ von Griechenland. Dort fließt Geld ab um die Importe zu zahlen. Da das natürlich nur begrenzt möglich ist, geht Kapital aus Deutschland in Form von Krediten in die „Krisenländer“ und kurbelt dort über deutsche Produkte die deutsche Wirtschaft weiter an. Das Außenhandelsdefizit der „Krisenländer“ führt zu starker Inflationsgefahr, da die importierten Produkte billiger als nationale sind. Das alles ist „gut“ für die

Exportindustrie. Die Exportweltmeister Deutschland und Österreich verzeichnen steigende Produktivität und die Unternehmen machen mehr Gewinne,

Für uns bedeutet das aber, dass die Nachfrage nach unseren Produkten vor allem aus dem Ausland kommt. Das wiederum führt zu anderen Abhängigkeiten. Um „wettbewerbsfähig“ zu bleiben sind daher die Reallöhne bei uns gesunken! In Deutschland werden heute Reallöhne wie 1998 bezahlt. Es entstand dort ein riesiger Niedriglohnsektor mit „Harz IV“ als Erpressungsinstrument und ein riesiger Kaufkraftverlust im Land! Das bedeutet, dass der Inlandskonsum schwächelt. Für Restaurants, regionale Bauwirtschaft und Dienstleistungen ist immer weniger Geld da.

Solange es genug Kapital für die Kredite gab, die dieses Karussell am Laufen hielt, wurde diese Ungleichheit noch nicht als bedrohlich empfunden. Die Rettung der Banken im Jahr 2008 hat aber die €-Staaten in hohe Schulden getrieben. Mehr als 12 % des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union wurden zur Bankenrettung ausgegeben. Die Staatsverschuldungen haben sich zum Teil vervielfacht, Irland von 20 % auf 120 %, Österreich immerhin noch von 60 % auf 72 %. Die Rettung der Banken wurde national, also aus Steuergeldern bezahlt. Je solider die Staaten über (Steuer-) Einnahmen sind, desto besser haben sie die Bankenrettung überstanden.

Länder mit hoher Verschuldung vor der Bankenkrise haben damit aber unüberwindbare Probleme bekommen. Ihre neuen Schulden (Staatsanleihen) wurden plötzlich von den Ratingagenturen als nicht mehr sicher bewertet. Da aber zum Beispiel die großen Pensionsfonds nur die besten

Anleihen kaufen und halten dürfen, mussten sie die griechischen Anleihen verkaufen. Deshalb waren auf einen Schlag Unmengen griechischer Staatsanleihen auf dem Markt, was ihren Wert enorm reduziert hat. Wenn Banken zu viele Staatsanleihen von insolventen Staaten halten, kann der Ausfall dieser Anleihen zu Unterkapitalisierung und damit verbunden zu einer schlechteren Bewertung und höheren Rekapitalisierungskosten und in Folge zu Verlusten für die Banken führen. Daher kauft die EZB jetzt diese (aber auch italienische und spanische) Staatsanleihen auf, die auf dem Markt nicht mehr verkaufbar sind. Und die Banken verkaufen ihre Staatsanleihen jetzt an die EZB – und plötzlich zahlen wieder die SteuerzahlerInnen, diesmal über die EZB, um den Banken keinen Verlust zu bescheren.

Und hier schließt sich der Kreis: Für diese „Rettungspakete“ für Griechenland wurden extrem harte Sparbedingungen geknüpft. Da Griechenland am Kapitalmarkt kein Geld mehr aufnehmen kann, müssen in der geschwächten Wirtschaft Löhne und Pensionen stark gekürzt werden. Dies führt natürlich zu einem weiteren Rückgang des Inlandskonsums und damit weiter in die Rezession. Und da die GriechInnen (und andere) uns nichts mehr abkaufen können, folgt ab nächstem Jahr der Wirtschaftseinbruch bei den „Exportkaisern“.

Und das bedeutet?

Wirtschaftspolitisch überschlagen sich die Ereignisse, jedoch bekommen die BürgerInnen aufgrund des Demokratiedefizits und unserer im Tiefschlaf liegenden Medien bei all diesen Vorgängen davon kaum etwas mit. Möglicherweise sind aber zu der Zeit, in der Sie diese Zeitung lesen, bereits neue Entwicklungen im Gange.

Schon nach der Finanzkrise 2008 sind die richtigen Schlüsse gezogen worden, die den ganzen jetzigen Schlamassel auch weitgehend verhindern hätten können. Leider haben die Banken schneller geschaltet als die Regierungen und konnten ihre Umstrukturierungen bisher verhindern.

Notwendig wäre

- eine geordnete Insolvenz in Griechenland und Schuldenschnitt (der auch die Banken trifft), damit nicht alle anderen Staaten mitgerissen werden.
- Gleichzeitig muss die höhere Produktivität in Deutschland und Österreich durch steigende Löhne „verschlechtert“ werden, um die Ungleichheit im €-Raum auszugleichen. Nur durch nationalen Konsum und die Ankurbelung der nationalen Wirtschaft durch Investitionen kann eine stabile Wirtschaft auch in Österreich gewährleistet werden. Lohnabschlüsse von über 3 % weisen in die richtige Richtung.
- Die Harmonisierung der Wirtschaftspolitik muss über eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik ausgeglichen werden, um die bestehenden Ungleichgewichte zwischen den europäischen Volkswirtschaften auszugleichen.
- Eine Transaktionssteuer zur Abmilderung der negativen Effekte der raschen Kapitalbewegungen muss eingeführt werden. Das ist eine Forderung, die die EU in ihren grundsatzpolitischen Überlegungen für die nächste Finanzperiode 2014 – 2020 erhoben hat. attac fordert das seit 11 Jahren
- Es muss wieder Banken geben, die einfach als „Marktplatz“ für Geld fungieren und deren Ziel es nicht ist, möglichst viel Geld durch Spekulationen zu verdienen.

Doris Hammermüller

Tauschen statt kaufen

Die Krise hat viele Gesichter: Kursstürze, Wertverluste, manchmal auch das Verschwinden von Arbeitsplätzen.

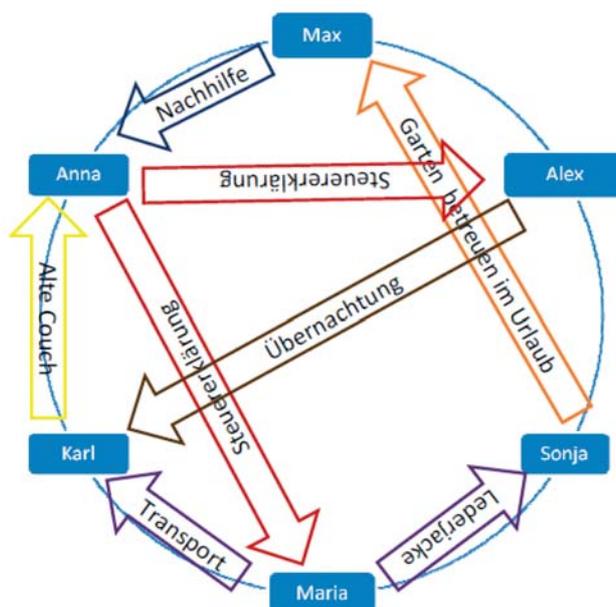
Es gibt aber auch, bisher wenig bekannt, innovative Entwicklungen. Immer wenn Währungen und Volkswirtschaften in Schwierigkeiten geraten, entstehen eigene, neue Wirtschaftszirkel: neue, lokale Währungen, ein neues, regional begrenztes Gutscheinsystem, oder so wie bei uns in Niederösterreich: ein „Tauschkreis“. Gleichgesinnte schließen sich zusammen und bieten an, was sie leisten können: Als Währung dient nicht Geld, sondern die aufgewendete Zeit.

Aufmerksame BeobachterInnen der Medien haben sicher erkannt, dass das Thema „Tauschen“ im Zuge der Suche nach Auswegen aus der Krise in letzter Zeit öfters erwähnt wurde. Sowohl in der Boulevardmedien als auch im Wirtschaftsmagazin des ORF Eco, wurde über die Tauschkreise in Niederösterreich berichtet.

Tauschkreise stärken die regionalen Wirtschaftskreisläufe und ermöglichen es, eigene Stärken einzusetzen. Über die Währung „Stunde“ bekommt damit auch die unbezahlte Hausarbeit einen Wert. Über dieses System kann man/frau sich dann zum Beispiel über 2 Stunden „bügeln“ eine Stehlampe erarbeiten. In einer zentralen Datenbank können derartige Angebote und Nachfragen gefunden und über die Währung Stunden über ganz Niederösterreich und Wien hinweg getauscht werden. Typischerweise sind Dienstleistungen

wie Gartenbetreuung, Mitfahrgelegenheiten und Beratungen (z. B. für Computer) die Haupthandelswaren die auf der Homepage www.tauschkreis.at zu finden sind.

Wichtig zu wissen ist jedoch, dass Tauschgeschäfte nicht nur zwischen 2 Personen stattfinden, sondern als echte Währung zwischen allen Mitgliedern funktioniert (siehe Grafik).



Einen derartigen Tauschkreis gibt es auch im Wienerwald. Wer Interesse an Informationsmaterial oder Teilnahme hat, kann sich bei Dagmar Lamers (dgt.lamers@aon.at oder 0664/9191024) melden.

Kommunale Dimension der Tauschkreise

In einigen Gemeinden in NÖ sind auch Betriebe und Gemeinden in den Tauschkreisen vertreten. Aus Sicht der GRÜNEN Liste Gablitz wäre das auch für unsere Gemeinde eine Option,

Leistungen von BürgerInnen zu honorieren bzw. eigene Leistungen zu objektivieren.

Die Einsatzmöglichkeiten sind vielfältig. Einerseits hätte die Gemeinde damit die Möglichkeit freiwillige Leistungen abzugelten, wie es durch den ermäßigten Eintritt für MitarbeiterInnen der Blaulichtorganisationen im Schwimmbad bereits praktiziert wird. Damit könnte man/frau auch SchülerInnenlotsen oder besondere Verdienste von Vereinen mit mehr als einem warmen Händedruck oder einem Orden alle 10 Jahre belohnen. Andererseits gibt es Leistungen der Gemeinde, für die es keine Tarife oder Gebühren geben soll und kann. Wenn der Schneepflug etwa nicht nur die Fahrbahn, sondern auch die Abstellplätze freiräumt oder der Bauhof auch einmal außerhalb der Öffnungszeiten aufmacht, könnte das auch als Dienstleistung in einen Tauschkreis eingebracht werden.

Tauschen mit der Währungseinheit „Stunde“ wäre natürlich nur eine Ergänzung zum bestehenden Leistungsangebot der Gemeinde, könnte aber der freiwilligen Leistung und dem sozialen Zusammenhalt zusätzliche Impulse geben. Die GRÜNE Liste Gablitz wird diese Form der Leistungsabgeltung mit der Gemeindeverwaltung weiter diskutieren.

Gottfried Lamers

■ Gesundheitstipp: Was ist so gesund an...



© bilderbox.at

Weißkraut:

Es hat einen hohen Vitamin C Gehalt, der auch beim Kochen nicht verloren geht. Es enthält viele Faser- und Ballaststoffe, Natrium, Kalium, Kalzium, Phosphor, Eisen, Magnesium sowie die Vitamine B1, B2 und E. Weißkraut hilft äusserlich bei Hautentzündungen und schlecht heilenden Wunden. Es schützt die Magenschleimhäute, bei Gelenksproblemen und rheumatischen Beschwerden hat es sich als hilfreich erwiesen. 100 g dieses Gemüses haben gekocht nur 20 kcal oder 83 kjoule.

Hagebutten:

Sie sind reich an Vitamin C. Sie enthalten außerdem die Vitamine A, B1 und B2. Wegen ihres hohen Vitamin C Gehaltes werden sie zur Stärkung des Immunsystems und bei Erkältung eingesetzt. Der Vitamin C Gehalt bleibt auch im getrockneten Zustand (für die Anwendung als Tee) erhalten. Wissenschaftliche Studien haben ergeben, dass Hagebuttenpulver ein wirksames Arthrosemittel ist. Nach drei bis vier Wochen Anwendung ließen Schmerzen und Steifigkeit der Hände nach, gute Erfolge erzielte man auch bei entzündlichem Rheuma und Rückenschmerzen.

V. K.

Caritas Gablitz

Zu allererst „Danke“ für die Möglichkeit einige Zeilen über die CARITAS schreiben zu können.

Die Caritas ist eine weltweite Hilfsorganisation der Katholischen Kirche, somit hat sie tausende Außenstellen durch jede Pfarre. Sie möchte jedem/ jeder Notleidenden beistehen, unabhängig von Rasse, Klasse, Religion oder sonstiger Orientierung, sie arbeitet mit allen anderen Hilfsstellen zusammen. Die Angebote sind daher so vielfältig wie die Probleme, die ja fast täglich aus den diversen Medien zu entnehmen sind. Somit ist Caritas die sichtbare und spürbare Liebe Gottes.



Soweit grundsätzlich. Aber nun zu unserer Pfarrcaritas in Gablitz.

Auch wir möchten jedem/jeder Hilfsbedürftigen beistehen, vordringlich in unserer Heimatgemeinde, aber auch über unseren Kirchturm hinaus. Ihr könnt uns glauben auch in unserem schönen Gablitz – Manche StatistikerInnen sagen, Gablitz gehört zu den reichsten 10 Gemeinden Niederösterreichs – gibt es vielfältige NOT.

Einige Beispiele: Es droht Strom- oder Gasabschaltung (wegen nicht bezahlter Rechnungen) oder dies ist schon geschehen. Wir verhandeln mit den Energieversorgungsunternehmen, zahlen einen Teilbetrag und versuchen Ratenzahlung zu erreichen,



oder wir beschaffen Brennholz, oder wir geben Essensgutscheine, oder wir verschaffen Wohnmöglichkeiten, oder, oder, oder.

Wir geben kein Bargeld, denn unsere Erfahrung hat uns gelehrt, dass dieses anderswo versickert und die vordringlichen Dinge nicht erstrangig bezahlt werden. Aber all diese Hilfen brauchen Geld. Woher bekommen wir dieses? Von vielen Gablitzerinnen und Gablitzern über persönliche Spenden, über die jährlich stattfindende Haussammlung – alle kennen unseren Sammler Simon Dörflinger, ihm sei auch an dieser Stelle für seine große Arbeit herzlich gedankt – von einigen Straßen/Grätzlfesten, von unseren Pfarrveranstaltungen, aber auch diverse Sachspenden.

Wir, das Caritasteam von Gablitz sind euch Gablitzerinnen und Gablitzern im Namen der Notleidenden sehr dankbar. Denn ohne Eure Hilfe sind wir hilflos.

Vergeltsgott.
Für das Caritasteam
Johannes Flesch
Simon Dörflinger

Aus der Gemeinde

Guerilla Gardening - Ein internationaler Trend erfasst Gablitz

Im vorletzten Ausschuss für Dorf-erneuerung und Naturschutz hat die GRÜNE Liste Gablitz das Thema der Nutzung des öffentlichen Raums durch Bepflanzung und Begrünung eingebracht. Dabei wurde von uns eine solche private Nutzung z. B. der Straßenbegleitstreifen thematisiert. Es kommt immer wieder vor, dass AnrainerInnen in Eigeninitiative den öffentlichen Grünstreifen vor ihren Liegenschaften bepflanzen und pflegen. Aber was passiert, wenn von dem ehemals kleinen Bäumchen in 10 Jahren ein Ast abbricht und ein Auto beschädigt? Oder wenn jemand stolpert und in den hübschen Rosenstock fällt? Oder mit dem Auto über die unter dem Schnee verborgenen privaten Begrenzungssteine fährt? Wer ist schuld? Und vor allem: Wer zahlt? Es geht also nicht um Verbieten sondern um sinn-

volle Klärung von Verantwortlichkeiten.

Leider wurde dieser Vorstoß von der SPÖVP zurückgewiesen. Eine Regelung schien nicht erforderlich, wenn jedoch BürgerInnen wünschen, kann eine solche mit der Gemeinde abgeschlossen werden.

Aus der NÖN war jedoch 2 Monate später auch zu ersehen, warum die ÖVP so vehement gegen die Regelung der Nutzung von öffentlichem Grund war: weil sie die Flächen eben selbst nutzen möchte! Medienwirksam hat die ÖVP einen ersten „Jahrgangsbäumchen“ auf öffentlichem Grund gepflanzt, weitere werden in den nächsten Jahren folgen. Eine nette Idee – vor allem aber nachahmenswert. Was die ÖVP darf sollten auch alle anderen

GemeindebürgerInnen dürfen. Also für Derartiges den öffentlichen Raum in Anspruch zu nehmen.

Lasst uns also Gemüse und Veilchen, Kastanien und Buchen pflanzen wo es geht! An der Klosterplanke, dem Straßenrändern und den Baum-buchten an der B 1!

Diese Initiative ist übrigens nicht ganz neu und heißt „Guerilla Gardening“. Interessant, dass das in Gablitz auch von der ÖVP praktiziert wird.

Literatur: Richard Reynolds: Guerilla Gardening, ein botanisches Manifest, orange press
Informationen:
www.guerillagardening.org

Gottfried Lamers

Musik auf dem höchsten Niveau

Am 18. September stürzte das Wetter und eine bleigraue Regendecke umhüllte das sonnigwarme Gold des Spätsommers. Das passte zur Musik, die an diesem Abend in der Gablitzer Kirche erklang, denn der Barockstil liebt Kontraste und wertet sie als besonders schön: Helligkeit und Finsternis, Freude und Trauer, bewegte Passagen und gemächliche Schritte.

Die Werke der italienischen und österreichischen Komponisten aus dem frühen 17. Jh. spielte das Pandolfis Consort Wien; ein Ensemble, das sich seit Jahren der alten Musik widmet und sie stilgetreu und meisterhaft auf historischen Instrumenten spielt.

Solist war der Countertenor Nicolas Spanos. Die wunderschöne Stimme des griechischen Jungstars bestach nicht nur durch die Kraft in den außergewöhnlichen Höhen sondern auch



durch überwältigenden Reichtum an Nuancen. Intensiv und klangvoll sang er Arien von Monteverdi, Landi, Reichenauer und Mayr.

Als die MusikerInnen die Akustik in unserer Kirche lobten, sagte einer der begeisterten Zuhörer: „Das hat uns noch niemand gesagt!“ Daraufhin entgegnete seine Begleiterin: „Tja, hatten wir denn jemals in Gablitz eine solche Veranstaltung?“ Jetzt wird sich das wohl ändern: nach dem ersten Versuch, bei dem wir großartige KünstlerInnen vermittelt haben, planen wir die nächsten Konzerte.

Dorota Krzywicka-Kaindel



DIE GRÜNEN
NIEDERÖSTERREICH

www.noe.gruene.at

STOPP



SCHWARZ-BLAUER KORRUPTIONSSUMPF

